

Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme
Montags.
Bestellungen
nehmen alle Post-Amtshäuser des
In- und Auslandes an.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt
Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen
1 Rthlr. 7 Sgr. 6 pf.

Infektionsgebühren
1 sgr. 8 pf. für die viergespaltene
Zeile.

Posener Zeitung.

Nº 32.

Donnerstag den 7. Februar.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Feier d. Constitutionsfest.; Beschied. d. Conservat.; Erklärung d. Königs üb. d. Berstückel. Posens; d. diplomatischen Bezieh. zum Deutsch Reich; Fiasco d. Genius u. d. Gesellschaft; Eröffn. d. Steuerverw.-Proz); Breslau (Studentenball); Köln (Hirtenbrief).

Oesterreich. Wien (Soldaten erstronen).

Frankreich. Paris (d. Oesterr.-Preus. Ultimatum geg. d. Schweiz; Minister. üb. d. Griech. Frage; Nat.-Vers.); Straßburg (Socialismus auf d. Bunde; d. Deutsch. Flücht.).

England. London (Schiffbruch; Thronrede).

Italien (Warming vor verderbt. Büchern).
Türkei. Konstantinopel (Rückkehr d. Armee; Republ. Zagori).

Griechenland (Ultim. Parker's; Blockade d. Piräus).

I. K. 106. S. v. 4ten (Agrar-Ges.)

II. K. 95. S. v. 4ten (Einkommensteuer-Ges.)

Locales. Posen; Aus d. Fraustädter Kr.; Krotoschin; Bromberg.

Chronik Posens.

Personal-Chronik. Bromberg.

Gewerbliches.

Theater.

Anzeigen.

Berlin, den 6. Februar. Se. Majestät der König haben Allergräßt geruht: Dem Oberst-Lieutenant a. D. von Jordan zu Pörlitz bei Ratibor, dem Hauptmann von Schlicht des 4. Jäger-Bataillons und dem Pfarrer Weihe zu St. Marien in Stendal den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Unterarzt Schmidt des 3. Dragoner-Regiments das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Fischer Adolph von Sibrowsk zu Schulwiese und dem Fischerknecht Ferdinand Weihe zu Dieswerder bei Spandau die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und den vormaligen Ober-Regierungsrath Grafen von Zedlik-Trübschler und Falkenstein zum Vice-Präsidenten der Regierung zu Breslau, und den Kreis-Physikus Dr. Göden in Krotoschin zum Medizinal-Rath und Mitgliede des Medizinal-Kollegiums der Provinz Pommern zu ernennen.

Se. Durchlaucht der General-Lientenant und Commandeur der 6. Division, Fürst Wilhelm Radziwill, ist nach Torgau abgereist.

Deutschland.

Berlin, den 4. Februar. Die constitutionell-conservativen Fraktionen geben sich alle Mühe, den Tag der Verfassungsbefreiung zu einem Volkseitag zu machen. Die Koryphäen der Partei haben Sorge getragen, daß eine allgemeine Illumination stattfinden wird. Jeder conservative Bezirksverein, deren es hier gegen 100 giebt, wird ein Constitutionsfest abhalten; und diese Feste sollen so verteilt werden, daß eine ganze Woche damit ausgefüllt wird. Heute giebt der erste Verein Concert, Festessen und Ball. Auch die Wahlkreise für Erfurt werden den 6. Februar feiern und dazu die gewählten Abgeordneten einladen. Ebenso die Vaterländische Gesellschaft. Unter allen Fraktionen der großen constitutionell-conservativen Partei herrscht große Freude; nur die Kreuzzeitungspartei zeigt eine saure Miene. Wie ich nachträglich erfahre, hatten Einzelne von ihr, die man mit vollstem Recht „Reaktionäre“ nennen kann, stark auf den Rücktritt des Ministeriums gerechnet und laut verkündigt. Nun müssen sie sich schämen und sich ärgern. Die vorzugsweise sich so nennenden Constitutionellen haben sich mit dem Ausgang der Verfassungskrise versöhnt. Man sieht dies nicht nur in der constitutionellen Zeitung, sondern auch in den Mienen der Führer dieser Partei. Sie tröstet nach ihrer Niederlage hauptsächlich der dritte Satz des Art. 62, der jetzt lautet: „Finanzgesetzentwürfe und Staatshaushalts-Etats werden zuerst der zweiten Kammer vorgelegt; letztere werden von der ersten im Ganzen angenommen oder abgelehnt.“ Damit glauben sie werde die Pairie weniger schaden können. Die demokratische Partei beharrt in der Ruhe vornehmster Indifferenz und bringt es nur zu satyrischen Bemerkungen über die jetzige Lage der Dinge. Möge sie noch lange dieses Vergnügen genießen.

Berlin, den 3. Februar. (Bresl. 3.) Wir berichteten bereits jüngst über die Berathungen innerhalb der für die Regierungs-Vorlage wegen Einverleibung der Provinz Posen in Deutschland niedergesetzten Kommission. Diese Berathungen haben ihr Ende erreicht und das Resultat gehabt, daß auf Antrieb der Deutschen Abgeordneten in dem Großherzogthum die Partei siegte, welche noch über die Einverleibung der Provinz in Deutschland, auch die Verstüttelung derselben und die Zuteilung der einzelnen Theile an die benachbarten Provinzen beabsichtig. Der Abg. v. Brauchitsch brachte das hierauf gerichtete Amendment ein, welches denn auch von der Majorität adoptirt wurde, nachdem der als Regierungs-Kommissarius innerhalb der Kommission erschienene Herr v. Puttkammer dasselbe auch Namen der Regierung unterstellt hatte. In dem eben angebundeten Sinne lautet denn also der Antrag der Kommission. Kaum hatte jedoch der König hiervon Kenntniß erhalten, als er Gelegenheit nahm, ihm Herr v. Mantelhoff bestimmt zu erklären, daß er nimmermehr seine Zustimmung zur Vernichtung der Selbstständigkeit der Provinz Posen geben werde, indem sein Vater bei der Besitzerfreigabe sich ausdrücklich verpflichtet habe, dieselbe als selbstständigen Landesteil seinem Reiche einzufüllen. In dieser Erklärung hat es wohl seinen Grund, daß Herr von Mantelhoff, von den Polnischen Abgeordneten hierüber befragt, denselben versicherte, daß Herr v. Puttkammer über seine Instruktionen hinausgegangen sei, indem er das Brauchitschsche Amendment Namens der Regierung befürwortet habe, das Ministerium werde vielmehr lediglich an der Regierungsvorlage festhalten.

Berlin, den 3. Febr. (Berl. N.) Die diplomatischen Beziehungen zu dem vereinigten Deutschland, als einem Einheits- oder Bundesstaat, haben dem Auslande, wie aus manchen mißglückten Missionen und Unterhandlungen hinlänglich bekannt ist, bisher noch kein sonderliches Vertrauen einzuflößen vermocht. So ist Nordamerika im gegenwärtigen Augenblick, nach der Rückkehr der Herren Donelson, von der Centralstelle in Frankfurt, und Hannegan,

von dem Gesandtschaftsposen in Berlin, in ganz Deutschland nur durch einen einzigen Geschäftsträger, Herrn Fay in Berlin, vertreten. Das in Washington erscheinende Blatt, The Republic, vom 25. Dezember, bemerkt in dieser Beziehung, sich an die Botschaft des Präsidenten Taylor anschließend: „Obgleich ein Gesandter der vereinigten Staaten bei dem deutschen Reiche (German Empire) bestellt war, und ein Gesandter desselben hier empfangen wurde, so ist doch noch keine solche Regierung, wie für ein deutsches Reich, bis jetzt endgültig begründet worden, und unser Gesandter ist zurückberufen, nachdem er die Instruktion empfangen, das Archiv der Frankfurter Gesandtschaft an die amerikanische Legation in Berlin zu überweisen.“ Wie sehr aber deutsche Interessen unter einem solchen Zustande leiden, bedarf wohl kaum der Erwähnung, denn jedes definitive Abkommen mit den vereinigten Staaten wird dadurch verhindert. Ein Grund mehr zu vielen andern, in Erfurt endlich zu einer definitiven und dem Auslande Achtung gebietenden Constitutionierung Deutschlands zu gelangen.

Wie richtig wir vorhersehen, als wir Prof. Rötscher's emphatische Anerkennung des „Genius und der Gesellschaft“ zur Zielscheibe unseres Spottes machten, bezeugen die heute erschienenen Kritiken. Sowohl die Nationalzeitung als die deutsche Reform verweisen das Drama aus der hohen Sphäre eines Dichterwerkes in die eines gutgemeinten aber mißlungenen Erstlingsversuches. Wenn aber selbst ein Mitglied des Leseconvents, der alte Gubitz, in der Vossischen Zeitung mit solcher Energie seinen Kollegen Rötscher desavouirt, müssen wir die Niederlage desselben für allgemein ausgesprochen erachten und von Neuem die Warming hinzufügen, nicht durch unverständige Wortsprüche schon vorher die Forderungen des Publikums und der Kritik in einer Weise anzupassen, daß der Kontrast des Panegyrikus mit der Dichtung später den Eindruck einer unauslöschlichen Lächerlichkeit macht. Es ist nicht das erste Mal, daß Prof. Rötscher einen solchen Mißgriff beging, der den Gubitz beweist, daß derselbe wohl im Stande ist, eine scharfsinnige Analyse eines bewährten Meisterwerkes, wo hülfreiche Vorarbeiten von Autoritäten vorliegen, anzufertigen, zugleich aber in Hinsicht unbefangener Untersuchungsweise und gesunden Menschenverstandes leider so mangelhaft konstruiert ist, daß er bei neuen Werken in bedauerliche, ihn und uns kränkende Irreale verfällt. — Wir schließen mit Thränen in den Augen die Akten in dieser Angelegenheit.

Berlin, den 4. Februar. (D. Ref.) In mehreren Blättern findet sich das Gerücht, die Regierung beabsichtige einzelne Beamte, welche gegen die Königl. Botschaft in den Kammern gestimmt, ihres Dienstes zu entlassen oder zur Disposition zu stellen. Die Parlaments-Korrespondenz nimmt dieses Gerücht auf und erwacht damit leicht den Schein seiner Zuverlässigkeit, weil sie, wie bekannt, in nahen Beziehungen zu der Kammerfraktion steht, welcher die bezeichneten Beamten zum größeren Theil angehören. Eine directe Widerlegung scheint uns nicht nothwendig, da im Verlaufe der Zeit selbst das Gerücht sich als völlig aus der Lust gegriffen herausstellen wird. Ein Anlaß zu einer solchen Annahme war aber um so weniger gegeben, da man nach den bisherigen Erfahrungen, obwohl sehr eklante Fälle eines Konfliktes der parlamentarischen und der amtlichen Stellung der Abgeordneten vorgekommen sind, der Regierung gewiß nicht vorwerfen könnte, daß sie in diesem Punkte bereits die Konsequenzen des Französischen Konstitutionalismus adoptirt habe. — Uns geht folgende Berichtigung zu: Der Prinz von Preußen, den die „A. Z. C.“ schon seit dem 1. d. hier eintreffen und sogleich lange Besprechungen mit dem Könige halten, nicht minder auf dem glänzenden Balle erscheinen läßt, den der Graf Arnim gegeben hat — ist noch immer nicht hier eingetroffen. — Die vaterländische Gesellschaft wird in diesen Tagen den 4 Abgeordneten Berlins für den Erfurter Reichstag ein Festmahl geben. Außerdem wollen sich die Wahlmänner der 4 größeren Wahlkreise im Laufe dieser Woche zu einem Festmahl versammeln, wogegen jeder Wahlkreis den von ihm zum Parlament in Erfurt gewählten Deputirten einladen wird. — Aus Düsseldorf schreibt man uns, daß dort Herr Böcker, welchem es schon mehrmals geglückt ist, in Amerika Kunstwerke aus der Düsseldorfer Schule mit ansehnlichem Gewinn zu verkaufen, dem Maler Lessing für sein bald vollendetes großes Gemälde, welches H. vor dem Scheiterhaufen darstellt, 8000 Thaler geboten habe, und solches auch nach Amerika überführen wolle. Lessing hat den Verkauf noch nicht zugesagt, weil er wünscht, daß gedachtes Bild in Deutschland bleibe. — Vor einigen Tagen verlangte ein junges, von Krämpfen befallenes Mädchen mit Hast eine Zigarette. Man reichte sie ihm und mit einer wahren Begier rauchte es dieselbe bis zu Ende, worauf sich der krankhafte Zustand augenscheinlich milderte und bald ganz verlor.

Sitzung des Schwurgerichts. Montag den 4. Februar. Bereits früher haben wir mitgetheilt, daß die Verhandlungen gegen die Steuerverweigerer mit dem heutigen Tage ihren Anfang nehmen werden. Den Erwartungen von einem großen Andrang des Publikums wurde durchaus nicht entsprochen, da sich der Zuhörerraum während der ganzen Sitzung nicht einmal füllte. Im Sitzungssaale selbst waren bedeutende Aenderungen vorgenommen worden. Die Anklagebank ist bedeutend vergrößert worden und reicht bis in die Mitte des Saales hinein. Trotz dieser Erweiterung ist sie dennoch nicht vermögend, die Angeklagten sämtlich zu fassen und es müssen die übrigen, mehr denn 12 Angeklagten, noch auf den für die Zeugen bestimmten Bänken Platz nehmen. Nach halb 10 Uhr eröffnete der Appellationsrath von Caprivi die Sitzung mit der Anzeige an die Staats-Anwaltschaft, daß bei der Größe des Prozesses es nötig gewesen sei, 2 Ergänzungsräte zu wählen, so daß das Kollegium für diese Verhandlung außer aus dem Vorsitzenden noch aus den Beisitzern: Stahn, Grosschaff, Schartmann, Hartung, Buchholz und Bindewald besteht. Die Staats-Anwaltschaft wurde, wie dies schon bei dem Waldeck'schen Prozeß der Fall gewesen, durch mehrere Mitglieder, Obergerichts-Assessor Niem und den Professor von Radke vertreten. Die Namen

der Angeklagten wurden verlesen und es ergab sich dabei, daß nur die Angeklagten Bürgermeister Blath, Bauernbesitzer Haussmann, Hausbesitzer Nennstiel, Müller Kabus, Schullehrer Aggalt und Referend. Schramm ausgeblichen, die andern Angeklagten jedoch erschienen waren. Der Vorsitzende teilte hierauf mit, daß der Angeklagte Schramm nicht habe ausfindig gemacht werden können, und daß deshalb die Verhandlung gegen ihn ausgesetzt werden müsse. Als Defenseure waren anwesend: Advokat Volkmar, Advokat Dorn und Justiz-Kommissarius Gall.

Es traten die Geschworenen ein, von denen 35 erschienen waren. Der Vorsitzende machte sowohl die Geschworenen, als auch die Angeklagten mit der Art der Bildung des Schwurger. bekannt, und da außer den 12 wirklichen Geschworenen noch 4 Ergänzungsgeschw. ernannt werden sollten, so standen der Staats-Anwaltschaft 9, den sämtl. Angekl. jedoch 10 Ablehnungen zu. Als zur Wahl geschritten werden sollte, nahm Vertheidiger Dorn das Wort: Mehrere von seinen Klienten haben beim Appel.-Ger. einen Protest eingerichtet, worin sie die Bedenken gegen den Vorsitzenden des Gerichts vorgetragen. Die Angekl. haben darauf Bezug genommen, daß der Vorsitzende in dem ganz ähnlichen Falle in Brandenburg in dem Prozeß gegen den Bürgermeister Ziegler im Resümé seine Meinung über die Strafbarkeit der Steuerweigerung ausgesprochen habe, weshalb die Angeklagten glaubten, daß, wenn ein solches Urtheil bereits öffentlich ausgesprochen worden, dies ein Hinderniß sei, daß eine unbefangene Erörterung der jetzigen Anklage stattfinden könne. Er wolle sich deshalb erlauben, dem Gerichtshof anheimzugeben, die Verhandlung so lange auszusetzen, bis eine Entscheidung des Appellationsgerichtshofes eingetroffen sei. Er hoffe indessen, daß dies durchaus keine Veranlassung zu einer Erkrankung des Vorsitzenden sein werde, da die Angeklagten von jedem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch machen müssten. Herr v. Caprivi erwiederte hierauf, er sei weit entfernt, dies als eine Erkrankung anzusehen; er halte es aber für seine Pflicht, da das Präsidium des Appellationsgerichts ihn für diese Sitzungsperiode zum Vorsitzenden berufen, so lange in seiner Stellung zu verweilen, bis er von dieser wieder abberufen werde. Auf eine Erörterung in Betreff der Bedenken, werde er sich nur dem Appellationsgericht gegenüber einlassen und bis zum Eingange der Entscheidung sein Amt ferner verwahren. Der Präsident befragte nun die Angeklagten, ob sie einem Vertheidiger den Auftrag der Ablehnung gegeben hätten, worauf ein Vertheidiger erwiederte, dies sei nicht geschehen, da den Angeklagten die Listen der Geschworenen nicht, wie es das Gesetz vorschreibt, eingehändiggt worden seien. Nichtsdestoweniger würden die Angeklagten daran keinen Antrag knüpfen, und er daher die Ablehnungen übernehmen.

Es wurde nun zur Wahl der Geschworenen geschritten. Nachdem so das Gericht gebildet war, fand die Verlesung der Anklage statt. Sämtliche Angeklagte sind beschuldigt, durch Verbreitung des Steuerweigerungs-Beschusses die Krone zwingen zu wollen, das Ministerium Brandenburg zu entlassen, und haben sich dadurch eines nach §. 167. Tit. 20. Th. II. des Allgemeinen Landrechts zu bestrafenden Aufrufs schuldig gemacht. Nach Beendigung der Verhandlung befragte der Vorsitzende zuerst die Staats-Anwaltschaft, ob dieselbe sofort ihre Anträge in Bezug auf die nicht erschienenen Angeklagten stellen wolle, was jedoch von derselben bis nach Schluss der Beweisaufnahme verschoben wurde. Den Angeklagten wurde nun die übliche Frage vorgelegt, ob sie schuldig oder nicht schuldig seien; sie antworteten darauf sämtlich: nichtschuldig! Hierauf wurden sie einzeln über ihre Personalien und ihre Verhältnisse befragt und es ergab sich daraus, was wir im Laufe der Verhandlung mittheilen werden, daß viele von ihnen, die Meisten wegen Theilnahme an verbötenen Verbindungen, bereits bestraft sind. Mit diesem Geschäft wurde die Verhandlung geschlossen und die spezielle Vernehmung der Angeklagten, so wie die Beweis-Aufnahme auf Dienstag früh 9 Uhr angesezt. (Schluß der Sitzung nach 2 Uhr.)

+ Breslau, den 2. Februar. Uns steht hier mit Nächstem ein großer Studentenball bevor, welchem auch die hiesigen Professoren ihre Theilnahme zugesichert haben. Das Interesse für denselben ist bedeutend rege, denn noch immer ist der letzte vor 12 Jahren gegebene Studentenball, seit Jahrzehnten das großartigste derartige Fest, in lebhafter Erinnerung. Freilich sind jetzt schwere Zeiten, weshalb auch der Eintrittspreis für jeden Studenten nicht, wie früher auf 1 Louisdor, sondern auf 20 Sgr. festgestellt ist. Hoffentlich wird er aber mehr Anlang finden, als unsere diesjährige Theaterredoute, welche am 26. v. M. stattfindet und hinter den vorjährigen, allerdings stufenweise immer mehr gesunkenen, so sehr zurückstand, daß man diesem Feste keine häufige Wiederkehr prophezeien dürfte.

Köln, den 2. Februar. Der — nach altem Gebrauch vor dem Anfang der Fastenzeit erscheinende — Hirtenbrief unseres Erzbischofs ist heute publiziert worden. Die erste größere Hälfte desselben ist eine historische Reminiszenz aus dem vergangenen Jahr und eine aus dieser gefolgernte Warnung und Belehrung. In einem klaren Style setzt der Verfasser die verschiedenen Gräuelseen des vorigen Jahres auseinander und bezeichnet als die Duellen, aus der sie geflossen, Irreligion, Hochmuth und Eigendunkel. Hierauf wird jedes Stande sein Theil zugemessen, einzelne Fraktionen werden scharf mitgenommen und unter diesen zuerst die Kommunisten, von denen es heißt: „Es famen die Verkünder neuer Lehren. Sie predigten ein neues Armen-Evangelium, nicht zur Erlangung des Himmelreichs in Geduld und Entzagung, sondern zur Gemeinschaft und Heilung der Erde durch Raub und Plünderung. Sie wollten das verlorene Paradies wiederergewinnen und sie wollten es dadurch wiederergewinnen, wodurch es eben verloren ward, durch Sinnesturst und Abfall von Gott.“ Nachdem die Verkünder dieser Art Menschen im weiteren Verlaufe noch scharf gegeißelt worden, heißt es zuletzt: „War daher das vergangene Jahr auch schwer und ereignisvoll, so war es auch lehrreich für die, so da nur lernen wollen, lehrreich für Könige und Völker, Hohe und Niedere, Reiche und Arme, für uns Alle...“

Die Macht der Fürsten war tief erschüttert, ihre Stühle untergraben, so daß Vielen ihr Ende nahe schien. Aber es ist anders gekommen. Ihre Macht ist wieder hergestellt, ihr Stuhl wieder befestigt; doch nicht durch eigene Macht, sondern durch Gottes Nachschluß. Der Aufstand wurde besiegt und die gesetzliche Ordnung zurückgeführt; aber Wehr und Waffen haben das gethan, sondern die Macht des Gewaltigen aus den Höhen. Die Religion allein hat sie gerettet und befestigt; und als die Fürsten ihre Heere riesen zum Schutz der Ordnung, da folgten die Krieger, Viele unter ihnen Haus und Heerd und Weib und Kind verlassend, dem an sie ergangenen Rufe, ihrer Pflicht getreu, weil es also die Religion gebot."

Oesterreich.

Wien, den 31. Januar. Das Gericht, vierzehn Artilleristen seien bei Pahrendorf erfroren, hat sich nicht allein bestätigt, sondern das Unglück ist noch größer und die Zahl der Opfer viel bedeutender, als es anfangs hieß. Bis jetzt soll, wie wir hören, der Tod von 43 Soldaten, welche der Kälte unterlegen sind, konstatirt, und das Schicksal von 18 Unglücklichen noch unbekannt sein, die trotz der eifrigsten Nachforschungen nicht aufgefunden werden konnten, wahrscheinlich aber nicht vermöchten, einem schrecklichen Ende zu entgehen. Und selbst das Elend der vom Tode Geretteten ist schwer zu beschreiben.

Frankreich.

Paris, den 31. Januar. (K. Ztg.) Das Journal „l'Ordre“ will erfahren haben, daß das Preußisch-Oesterreichische Ultimatum an die Schweiz in Betreff der politischen Flüchtlinge der Bundes-Regierung amtlich noch nicht mitgetheilt worden sei. Preußen und Oesterreich, hinter denen Russland zu stecken scheint, halten sich verpflichtet, vorher Frankreich zu Rathe zu ziehen, um sich zu vergewissern, wie es sich verhalten werde, falls die zwei Deutschen Großmächte nach fruchtbaren Vorstellungen zur Einschreitung gezwungen sein sollten. In England, dessen Interesse bei der Sache minder dringend und minder direkt ist, als jenes der Grenzstaaten der Schweiz, scheint diese Anfrage nicht gerichtet worden zu sein, wohl aber aus der eben erwähnten Rücksicht an Sardinien, welches, wie man vernimmt, seine Mitwirkung bei allen Gewalt-Maßregeln zugesagt hat, welche etwa durch die Herausforderung der demagogischen Partei notwendig werden könnten. Die vorstehende Mittheilung der „l'Ordre“ veranlaßt ein demokratisches Organ zu folgenden Bemerkungen: „Wenn die Schweiz nicht nachgibt, so wird für L. Napoleon eine große Verlegenheit erwachsen. Früher als Flüchtling gastfreundlich in der Schweiz aufgewachsen und sodann sie zu verlassen genötigt, um ihr Unannehmlichkeiten zu ersparen, wird er sich schwer zur Beteiligung an Maßregeln der Strenge entschließen können, unter denen er einst selbst zu leiden hatte. Andererseits wäre, wenn er die ohne Zweifel schon feststehenden Maßregeln der großen Mächte verhindern wollte, ein gewaltiger Conflict unvermeidlich.“ Die Neutralität dürfte aber ebenfalls unmöglich sein, wenn auch L. Napoleon sich dazu entschloße, da Frankreich schwerlich ruhig zusehen wird, wenn deutsche Heere in die Schweiz einrücken, um dort nach Günden zu schalten und zu walten. Sollte die Nachricht von der beschlossenen Einschreitung sich bestätigen, so wird diese Angelegenheit in Kurzem die Hauptfrage unserer auswärtigen Politik bilden.“ Das „Siccle“ schreibt die nahe Ankunft eines russischen Gesandten dem Bunde zu, die Mitwirkung des Elysee zu der Unterdrückung des demokratischen Princips in der Schweiz zu erwarten. „Galignani's Messenger“ will jedoch aus guter Quelle wissen, daß das „Siccle“ im Irrthume sei, wenn es der Sendung Stroganoff's einen besonderen Zweck unterstelle.

Paris, den 1. Februar. In einem heute Mittag unter L. Napoleons Vorste gehaltenen Ministerrath, dem der englische Gesandte beiwohnte, soll es nach der „Erfolge“ zu einer sehr wichtigen und ersten Diskussion über die griechische Frage gekommen sein. Demselben Blatte zufolge hat der Minister des Auswärtigen einen Cabinets-Courier nach Athen abgeschickt, welcher unserem dortigen Vertreter wichtige Depeschen in Bezug auf die zwischen den englischen und griechischen Regierung entstandenen Verwirrungen überbringt. — Fast alle Journals bringen heute schon die gestern Mittag gehaltene Englishe Thronrede, welche gedruckt im „Globe“ schon um Mitternacht in der unerhörten kurzen Zeit von 9 $\frac{1}{2}$ Stunden hier eintraf.

— In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wird über Inbetrahlung eines Vorschlags von Cordier geschritten, der zum Zweck hat, mißliebige oder unmitte, von Volksvertretern ausgehende Gesetzesentwürfe in den Ausschüssen der National-Versammlung ohne öffentliche Diskussion zu beseitigen, der aber gerade deshalb einen tiefen Eindruck in die souveränen Prärogative jedes einzelnen Volksvertreters macht. Der Vorschlag ist offenbar gegen die mitunter sehr unbedeutenden Erfindungen und Anträge der äußersten Linken gerichtet. Das Bedeutendste, was gegen den Vorschlag gefragt wird, ist eine Rede von Valette (Professor an der Rechtschule von Paris,) der darin die verderbliche Tendenz erkennt, im Dunkel der Bureaucratie die Diskussion der Meinungen zu ersticken, statt das Schlechte an denselben durch offene dargelegte Gründe widerlegen zu lassen. Vaneel (von der Linken) erkennt in dem Vorschlag die Absicht der Majorität, die Minorität mit einem Interdikt zu belegen. Er erklärt ihn als im Widerspruch mit der Würde und der Verantwortlichkeit jedes einzelnen Volksvertreters und der Volksvertretung im Ganzen, da jeder Repräsentant vom Volke in die Versammlung geschickt sei, um seine Stimme hören, und sich nur durch offen dargelegte Gründe widerlegen zu lassen. Vaneel ruft aus: „Sie haben uns alle Freiheiten genommen, und zu Lyon ist sogar die Rede B. Hugos, in der derselbe sich als einen wahrhaft großen Staatsbürger gezeigt hat (ironisches Lachen auf der Rechten), mit Vorschlag belegt worden. Lassen Sie uns wenigstens die eine noch übrig gebliebene Freiheit, die Freiheit der Tribune.“ Die namentliche Abstimmung über den Cordier'schen Vorschlag, der allerdings auf nichts weniger hinzielt, als die Offenheit der Diskussion nach der Willkür der Majorität zu beschränken, wird verlangt und ihr Resultat mit ziemlicher Spannung erwartet. Es ergeben sich 250 Stimmen für den Vorschlag, 342 dagegen. Derselbe wird daher nicht zur Berücksichtigung zugelassen, was eine freudige Sensation auf den Bänken der Linken erzeugt. — Piscatory (gewesener Pair von Frankreich und Gesandter in Athen unter Louis Philippe) kündigt die Absicht an, das Ministerium über die Vorgänge in Griechenland zu interpellieren. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärt, daß er noch keine genauen Nachrichten habe, da das Patrouilleboot in dem Augenblick abgegangen sei, wo eben die Blofade erklärt worden war, daß die Versammlung jedoch überzeugt sein könnte, daß er den Agenten Frankreichs Institutionen gemäß der Ehre des Landes und den Interessen seiner Verbündeten erheilt habe. Der Minister verlangt die Verschiebung der Interpellation auf nächsten Freitag, was von der Versammlung genehmigt wird. — Hierauf wird die zweite Berathung über die Verlegung der Präfektur des Loire-Depart-

ments von Montbrisson nach Saint Etienne begonnen. Die Regierung verlangt diese Maßregel, um die zahlreiche und unruhige Arbeiter-Bewölkerung von Saint Etienne im Zaume halten zu können. Die Linke ist daher begreiflicher Weise derselben entgegen. Die Diskussion wird jedoch ohne Leidenschaft geführt und erregt wenig Theilnahme in der Versammlung. Sie wird um 6 $\frac{1}{4}$ Uhr auf morgen vertagt.

Straßburg, den 28. Jan. (Köln. Ztg.) Die Anfeindungen der politisch aufgeregten Menge richten sich nun wieder von der einen Seite gegen die Geistlichkeit, von der andern Seite gegen die Socialisten. Man will überall „Jesuiten“ oder „Theister“ erblicken. Erbitterung, Unzufriedenheit, Anmaßung, Verfolgungs- und Nachsucht, wie wir sie in den letzten Jahrzehenden gar nicht kannten — dies die Erscheinungen, mit welchen das Jahr III. der Republik in Aussicht steht. Auf dem Lande nehme, so heißt es allgemein, der Socialismus überhand. In so fern man Unzufriedenheit und Socialismus als gleichbedeutend betrachtet, hat diese Behauptung ihre Richtigkeit; allein in Wahrheit genommen, will der bestehende Bauer und Landwirth durchaus nichts von einer Lehre wissen, die er weder genau kennt, noch praktisch versuchen möchte. Die ackerbarende Class ist ungernfrieden, weil sie starke Steuern zu bezahlen hat und die Bodenverzehrung so wohlsein geworden sind, daß der Landmann mit diesem Preise weiter den Binsen noch sonstige Kosten bestreiten kann. Wir glauben, daß, falls der Hectoliter Weizen, der gegenwärtig 12 Franken kostet, wieder auf 18 bis 20 Franken käme, der Socialismus auf dem Lande rasch verschwinden würde. Die Schullehrer sind in vielen Bezirken zahmer geworden, seitdem sie unter einer strengen Aufsicht stehen. Bis jetzt haben indessen die Präfekten von den ihnen zustehenden Besitzungen, die Lehrer ihres Amtes zeitweise zu erheben, nur wenig Gebrauch gemacht. — Die Polizei verschärft ihre Maßregeln gegen die Deutschen Flüchtlinge mit jedem Tage mehr. Man nimmt auf die strenge Jahreszeit und die sibirische Kälte, welche seit einigen Wochen herrscht, keine Rücksicht, und zeigen die Ortsbehörden Milde, so erhalten sie Beweise aus Paris.

Straßburg, den 29. Jan. Während von Paris aus manchmal Weisungen hier eintrafen, den deutschen politischen Flüchtlingen, mit Ausnahme einiger wenigen, welche frank sind, den Aufenthalt zu versagen, bemerkte man dennoch sehr häufig, daß Leute, welche man schon längst in den Departementen der Doubs oder der Vendée wußte, sich hier aufzuhalten. Vor einigen Tagen erfolgte nun plötzlich die Amtsenthebung eines der Polizei-Commissäre, welcher sich gerade am strengsten und hartherzigsten gegen die deutschen Asylsuchenden gebedert hatte. Darf man den im Publikum umlaufenden Gerüchten, so wie Anekdottengeschichten der Presse Glauben schenken, so habe sich dieser Polizei-Commissär die Cholosigkeit zu Schulden kommen lassen, Bestechung von den Flüchtlingen anzunehmen. Sie, die mittlerweile kaum ihre Existenz fristen konnten, mußten dem verworfenen Agenten von Zeit zu Zeit eine gewisse Summe Geldes entrichten, um sich geheim aufzuhalten zu dürfen. Da die Ansprüche derselben zu stark wurden, so hat man endlich das Geheimnis verrathen und sowohl den Prokurator der Republik als den Präfekten davon unterrichtet.

Großbritanien und Irland.

London, den 29. Januar. Am vergangenen Sonnabend litt der von Cantou kommende, auf der Rückfahrt nach London begriffene Ostindien-Fahrer „Palermo“ in der Nähe von Boulogne Schiffbruch. Die Schiffsmannschaft aus 18 Personen bestehend, und die drei auf dem Schiffe befindlichen Passagiere wurden gerettet. Die Ladung zum Werthe von 40,000 Pf. St. bestand hauptsächlich aus Thee; ein großer Theil derselben war verloren. — Au Gold und Silber wurden in der vergangenen Woche aus dem Hafen von London ausgeführt: Nach Belgien 34,000 Lb. baares Silber und 22,000 Lb. Silberwaren; nach Dünkirchen 4,500 Lb. in Goldbarren; also im Ganzen eine Ausfuhr von 55,000 Lb. Silber und 1,500 Lb. Gold.

London, den 31. Jan. Bei der heutigen Gründung des Parlaments verlas der Lord-Kanzler folgende Königliche Rede:

Meine Lords und meine Herren! Auf Befehl Ihrer Majestät versichern wir Sie, daß es Ihrer Majestät zur großen Befriedigung gereicht, den Rath und Weistand ihres Parlamentes wiederum in Anspruch zu nehmen. Der Tod Ihrer Majestät, der Königin Abelheid, hat Ihrer Majestät tiefe Verzürniß verursacht. — Die ausgezeichnete Mildthätigkeit und die exemplarischen Tugenden der Verstorbenen werden ihr Andenken der Nation stets thuer machen. Glücklicher Weise steht Ihre Majestät fortwährend in Frieden und freundhaftlichem Einvernehmen mit den fremden Mächten. Im Lauf des Herbstes erhoben sich ernsthafte Differenzen zwischen den Regierungen Oesterreichs und Russlands einerseits und der hohen Pforte andererseits, in Betreff der Behandlung einer beträchtlichen Anzahl von Personen, welche nach Beendigung des Bürgerkrieges in Ungarn auf Türkisches Gebiet geflüchtet waren. Erklärungen, welche zwischen der Türkischen Regierung und den beiden Kaiserlichen Regierungen stattfanden, haben glücklicher Weise jede Gefahr entfernt, welche aus diesen Differenzen dem Frieden Europas hätten erwachsen können. — Ihre Majestät, an die sich der Sultan bei dieser Gelegenheit um Beistand wandte, vereinigte ihre Bemühungen mit denen der Französischen Regierung, an welche ein ähnlicher Hülfsruf ergangen war, um durch ihre Vermittlung einen friedlichen Vergleich herbeizuführen, welcher der Würde und Unabhängigkeit der Pforte angemessen sei. Ihre Majestät ist mit fremden Staaten in Unterhandlung getreten, hinsichtlich der Maßregeln, welche die Aufhebung der früher in diesem Lande bestehenden Beschränkungen der Schiffahrts-Gesetze möglicherweise nötig machen wird.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Schwedens haben schlemig Schritte gethan, um den Britischen Schiffen in den Häfen ihrer Länder ähnliche Vortheile zu sichern, wie die sind, welche ihre Schiffe in Britischen Häfen genießen. Von fast allen denjenigen fremden Staaten, deren Schiffahrts-Gesetze bisher einen restrictiven Charakter gehabt haben, hat Ihre Majestät Zusicherungen erhalten, welche sie zu der Hoffnung berechtigen, daß unser Beispiel schnell zu einer großen und allgemeinen Verminderung der Hindernisse führen wird, welche früher einem freien Verkehr zur See zwischen den Nationen der Welt im Wege standen. Im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres ist das Vereinigte Königreich wiederum von den Verwüstungen der Cholera heimgesucht worden. Allein der allmächtige Gott in seiner Barmherzigkeit hat den Fortschritt der Sterblichkeit quädig aufgehalten und der furchtbaren Seuche ein Ende gemacht. Ihre Majestät ist überzeugt, daß wir unsere Dankbarkeit am besten durch sorgfältige Vorsichtsmaßregeln gegen die am Tage liegenden Ursachen der Krankheit und durch aufgeklärte Aufmerksamkeit für Diejenigen, welche den Angriffen derselben am meisten ausgesetzt sind, tunlich geben werden. Bei ihrem neulichen Besuch in Irland wurde Ihre Majestät im höchsten Grade durch die Loyalität und Unabhängigkeit erfreut, welche alle Klassen ihrer Untertanen an den Tag legten. Obgleich die Wirkungen

früherer Jahre des Mangels in jenem Theile des vereinigten Königreichs schmerlich empfunden werden, so werden sie doch durch den gegenwärtigen reichen Vorrath an Nahrungsmitteln und die herrschende Ruhe gemildert. Es gereicht Ihrer Majestät sehr zur Befriedigung, Sie wegen des verbesserten Zustandes des Handels und der Manufakturen zu beglückwünschen. Weit Bedauern hat ihre Majestät die Klagen bemerkt, welche in vielen Theilen des Königreiches von den Eigentümern und Inhabern des Landes erhoben worden sind. Ihre Majestät beklagt es tief, wenn irgend ein Theil ihrer Untertanen Not leidet. Aber es ist eine Quelle aufrichtiger Freude für Ihre Majestät, daß sie Zeugin ist des erhöhten Genusses der Bedürfnisse und Bequemlichkeiten des Lebens, welchen Wohlheit und Neuerung der großen Masse ihres Volkes verschafft haben.

Meine Herren vom Hause der Gemeinen! Ihre Majestät hat verordnet, daß Ihnen das Budget des Jahres vorgelegt werden soll. Es ist bei demselben die strengste Sparmaßnahmen berücksichtigt worden, während zugleich die Bedürfnisse der verschiedenen Zweige des Staatshaushaltes nicht vernachlässigt worden sind. Ihre Majestät hat mit Befriedigung den gegenwärtigen Zustand der Einkünfte gesehen.

Meine Lords und meine Herren! Einige der Maßregeln, welche am Ende der vorigen Session wegen Mangels an Zeit verschoben wurden, werden Ihnen wieder vorgelegt werden. Zu den wichtigsten derselben gehört eine, welche sich auf die bessere Regierung der Afrikanischen Colonien bezieht. Ihre Majestät hat verschiedene Maßregeln zur Verbesserung der Lage Islands anstreben lassen. Das aus Parati-Prozessionen hervorgehende Unheil, die Mängel der Gesetze, welche das Verhältniß zwischen Grundherrn und Pächter ergeben, der unvollkommenen Zustand der großen Jury und die vermindernde Zahl der Wähler für's Parlament, dies Alles wird nebst anderen Punkten von großer Wichtigkeit den Gegenstand von Maßregeln bilden, welche Ihnen zur Besprechung vorgelegt werden sollen. Ihre Majestät hat mit Befriedigung vernommen, daß die allgemeinen Gesundheits-Vorschriften, welche bereits verordnet worden sind, allmählig befolgt werden; und

Ihre Majestät hofft das Vertrauen, daß sie im Stande sein werden, sowohl in der Hauptstadt, wie in verschiedenen Theilen des Vereinigten Königreiches weitere Fortschritte in der Beseitigung der Unheil zu machen, welche der Gesundheit und dem Wohlergehen ihrer Untertanen nachtheilig sind. Die Kunst der göttlichen Befreiung hat dies Königreich bisher vor den Kriegen und Erschütterungen bewahrt, von welchen während der letzten beiden Jahre zu viele Staaten des Europäischen Festlandes heimgesucht worden sind. Ihre Maj. hofft und glaubt, daß durch Vereinigung der Freiheit mit der Ordnung, durch Bewahren des Werthvollen und durch Verbessern des Mangelhaften Sie das Geände unserer Einrichtungen, als den Wohnsitz und Schirm eines freien und glücklichen Volkes, aufrecht erhalten werden.

Italien.

Der „Osservatore Romano“ warnt in folgender Weise vor den der Religion und der Gesellschaft durch verderbliche Schriften drohenden Gefahren: „Außer den eingeschmuggelten Büchern sind die Klaßiker sorgfältig zu überwachen. In Toskana ist eine neue Ausgabe der lateinischen Klaßiker erschienen, welche mit Vorreden, Noten und Kommentaren in Italienischer Sprache versehen ist. Alle diese Zusätze nun haben keinen andren Zweck, als den, die Jugend durch Lehren zu verderben, welche gegen die Religion und die Gesellschaft gerichtet sind. In den Annalen des Tacitus und den philantropischen Schriften Cicero's hat man Vorreden und Noten versetzt, die Auspliegerungen auf die Ereignisse unserer Tage enthalten. — In Frankreich bedient sich die sozialistische Propagande der Almanache; in Italien setzt man Bücher mit religiösen heiligen Titeln in Umlauf. Aber wenn man nach dem Eingange, welcher als Paß dient, das Werk durchblättert, so findet man das Urteil, was die Hölle nur immer ausspeien kann. Darum Wachsamkeit und Aufmerksamkeit!“

Türkei.

Konstantinopel, den 14. Jan. In Folge der friedlichen Wendung, welche die Flüchtlingefrage in der letzten Zeit genommen hat, ist eine Reduction in der Türkischen Armee eingetreten, indem 35,000 Mann entlassen worden sind. — Der Britische Kriegsdiener „Odin“ ist am 7. mit Depeschen für Sir Stratford Canning angekommen. — Durch einen Fernan vom 3. hat die Türkische Regierung die neue Constitution der kleinen Republik Zagori anerkannt und gewährleistet. Die Republik liegt in Albanien, nicht weit von Janina, und umfaßt 44 Dörfer mit einer Bewohnerzahl von etwa 25,000 Einwohnern. Jedes Dorf erneut seine Räthe, durch welche es regiert wird, und erwählt einen Abgeordneten, der es in Janina repräsentiert. Die Abgeordneten kommen zweimal jährlich in Janina zusammen, um über die allgemeinen Staats-A Angelegenheiten zu berathen. Für den öffentlichen Unterricht wird in Zagori gut georgt. Jedes Dorf hat seine Schule, in welcher, außer dem Elementar-Unterricht, Latein und Griechisch gelehrt wird. Man findet daher im ganzen Orient Zagorianer in Stellungen, welche Kenntnisse und Bildung erfordern.

Griechenland.

Nach Briefen aus Athen vom 17. und 18. Jan. im „Moniteur du Soir“ schien es nicht unwahrscheinlich, daß die Griechische Regierung die Forderungen Englands als unberechtigt zurückweisen werde. Admiral Parker hatte sein Ultimatum am 17. Januar um 4 Uhr eingestellt. Das Griechische Ministerium hatte erklärt, es werde sein Verhalten durch die Interessen des Landes, die Würde der Krone und die Großbritannien schuldige Dankbarkeit bestimmen lassen. Die Deputirtenkammer war zusammenberufen worden, um den Beschlüsse des Cabinets ihre Zustimmung zu geben. Man erwartete, daß der Britische Botschafter, Hr. Wyse, sich am 18. Jan. um 4 Uhr einschiffen werde. Die Engl. Staats-Angehörigen in Athen waren benachrichtigt worden, daß sie sofort unter dem Schutz einer fremden Macht stehen würden. Man versicherte, die verschiedenen Präfekte hätten durch einen vertraulichen Brief die Weisung erhalten, im Falle die Engl. Flotte sich der Häfen und der Zollhäuser bemächtigen sollte, zuerst die Staats-gelder zu retten, dann das Volk aufzurufen, um sich einer Landung zu widersegen. So der „Moniteur du Soir.“ Nach einem Berichte des Portofoglio Maltese“, ebenfalls vom 18. Jan., sollte der Engl. Botschafter Athen am 19. verlassen, der Engl. Consul, Hr. Green, jedoch bleiben, um die Britischen Handels-Interessen zu vertreten. Wenige Stunden vor Absendung des Ultimatums hatten Admiral Parker, Hr. Wyse und mehrere Englische Offiziere noch an der König-Tafel zu Mittag gespeist. Außerdem verschiedenen Entschädigungs-Summen soll England Ansprüche auf den Besitz einiger fast unbebaute Inseln in der Nähe der carischen Inseln erhoben haben, unter dem Vorwande, daß dieselben seit lange auf Grund eines Vertrages mit der Türkei ihm gehören. — Nach einer Correspondenz im „Journal des Debats“ hatte der Englische Admiral den Eintritt der Blockade bereits verkündigt, jedoch nur für Griechische Kriegsschiffe.

Ein Brief aus Athen vom 19. Januar spricht von einer form-

lichen Blockade des Piräus durch die Engl. Flotte. Auch heißt es, das Volk habe einen Angriff auf das Haus des Engl. Gesandten gemacht und dasselbe in Brand gesteckt.

Kammer-Verhandlungen.

106te Sitzung der ersten Kammer vom 4. Februar.
Tagesordnung: 1) Bericht der Kommission über den Antrag des Abg. Knoblauch, das Staatschuldenwesen betreffend. 2) Nochmäßige Abstimmung über das Gesetz, betreffend die Polizei-Verwaltung. 3) Bericht über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Vereinigung der Hohenzollerschen Fürstenthümer mit dem Preußischen Staatsgebiete. 4) Bericht über einige Abänderungen des Gesetzes vom 3. Januar 1845 und 5) Bericht über den Gesetz-Entwurf, die Abschaffung der Neallasten und die Regulirung der guischt-herzlich-bäuerlichen Verhältnisse betreffend.

Das Gesetz über die Polizei-Verwaltung (Nr. 2. der Tagesordn.) wird in nochmaliger Abstimmung angenommen.

Ebenso das Gesetz über die Vereinigung der Fürstenthümer Hohenzollern mit dem Preuß. Staate.

Das Gesetz über einige Abänderungen des Gesetzes vom 3. Jan. 1845, betreffend die Verstärkung von Grundstücken &c., erhält in der von der zweiten Kammer beschlossenen Fassung die Genehmigung der Kammer.

Der Antrag des Abgeordneten Knoblauch (Nr. 1. der Tagesordnung) wird in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung angenommen. Es betrifft derselbe die Einsetzung einer Commission für das Staatschuldenwesen. Die Deputation beantragt, das Staatsministerium zu ersuchen, die verheissene Gesetzes-Vorlage in möglichst kurzer Frist zu machen und die Commission zu ermächtigen, den zu erwartenden Entwurf sofort nach seinem Eingange bei der Kammer in Beratung zu nehmen und falls sich die Einbringung eines solchen Entwurfs über acht Tage, vom Tage dieses Berichts (31. Januar) abgerechnet, verzögern sollte, mit der Ausarbeitung eines Gesetzes vorzugehen.

Vor der Annahme des Commissions-Antrages erklärte der Minister des Innern, er wolle sich demselben nicht widersetzen, aber er hoffe, den Gesetz-Entwurf in der bemerkten Frist einbringen zu können.

Hierauf geht die Kammer zu der Beratung des Agrar-Gesetzes (Nr. 5. der Tagesordnung über.) Der Minister des Innern eröffnet die allgemeine Discussion. Er wolle nicht die gegen das Gesetz erhobenen Einwürfe widerlegen, denn sie seien meist so grotesker Art, daß er sie den Spalten der Zeitungen überlassen wolle. Er wendet sich zu den Gegnern des Gesetzes und thieilt diese in drei Kategorien. Die einen stellen sich auf den privatrechtlichen Boden, Andere wollen eine gewisse Unklarheit in die Materie bringen, ein dritter Theil kennt, wie ihre Angriffe zeigen, nicht einmal den Entwurf. In dem folgenden Theil der Rede hält der Minister die Prinzipien des Gesetzes vollkommen aufrecht. Die Regierung betrachte das ganze Gesetz als einen nothwendigen Bau, sie werde nichts dulden, was ihn hindere, sie werde aber für jeden Stein, der zum Ausbau herbeigetragen wird, dankbar sein.

Abg. Gaffron spricht für, Abg. Zander gegen den Entwurf. Abg. Jenplis empfiehlt das Gesetz und bittet, kein Amendement einzubringen, welches das Prinzip verleugt. Abg. Kopp findet sich seinem Gewissen nach genöthigt, gegen das Gesetz zu sprechen. Nachdem der Minister des Innern den Vorredner widerlegt hat, wird der Schluss der Debatte mit 74 gegen 58 Stimmen angenommen. Ein Antrag, durch welchen die Regierung aufgesfordert wird, möglichst bald einen Gesetz-Entwurf einzubringen, durch welchen die Grundsätze des vorliegenden Gesetzes auf dem linken Rheinufer zur Anwendung kommen, wird mit großer Majorität angenommen, ebenso die Ueberschrift des vorliegenden Gesetzes.

(Schluß 2½ Uhr. Nächste Sitzung heute Abend 7 Uhr.)

95te Sitzung der zweiten Kammer vom 4. Februar.

Die Kammer beschäftigt sich in dieser Sitzung mit dem Gesetz-Entwurf über Einführung einer Einkommen- und Klassensteuer. Der Berichterstatter, Abg. Camphausen, empfiehlt nach Schluss der allgemeinen Diskussion eine Fragestellung, dahin gehend, ob 1) die Mahl- und Schlachsteuer aufzuheben, ob 2) dafür eine Klassen-, oder ob 3) dafür eine Einkommensteuer einzuführen sei?

Der Finanzminister erklärt, die Regierung Sr. Majestät habe mit Befriedigung ersehen, daß die Kommission die Grundsätze des Gesetz-Entwurfs gebilligt habe, sie gebe ihrerseits die Zustimmung zu den gefestigten Verbesserungs-Anträgen. Nur dem Amendement des Abg. Pochhammer könne sie nicht beitreten, sie würde eine Annahme desselben einer Verwerfung des Gesetzes gleich achten, sie würde es daher auch zurückweisen, wenn die Kammer auf dasselbe eingehen sollte. (Bravo.) Das Amendement Pochhammer setzt an die Stelle des vorgelegten Entwurfs einen anderen, aus 18 §§ bestehenden, welcher eine neue Klassensteuer und einige Modifikationen der Mahl- und Schlachsteuer zum Zwecke hat.

Es beginnt hieran die allgemeine Diskussion, welche Abg. Ulfert eröffnet. Er erklärt sich gegen eine Einkommensteuer. Abg. Hesse (Wiron) spricht für dieselbe. Abg. Groddeck will ein anderes, als das bisherige Steuersystem, ohne den von der Regierung vorgeschlagenen Weg zu billigen. Abg. Riedel erklärt sich für die Einkommensteuer, indem er zugleich die Ansichten der Abg. Ulfert und Groddeck zu widerlegen sucht.

Abg. Ohm will eine mathematische Formel finden, nach welcher jeder Einzelne zur Klassensteuer herangezogen werden soll. Abg. Becker erläutert sich nur zum Theil mit der Regierungsvorlage einverstanden.

Ein Antrag auf Schluss wird abgelehnt. Abg. Pochhammer spricht gegen die Regierungsvorlage.

Der Antrag auf Schluss der allgemeinen Debatte wird angenommen, und nachdem noch der Regierungs-Commissar die Vorlage vertheidigt hat, wird die Sitzung (3 Uhr) geschlossen. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

Locales &c.

1 Posen, den 6. Februar. Gestern Abend um 11 Uhr ertönte Feuerlärm; in der Schützenstraße in dem Hause des Herrn Bau-Inspektor Hoffmann brannte das Dach, doch bald war das Feuer vermittelst Handspritzen gelöscht, so daß es, ehe eine Spritze da war, bereits gedämpft war. — Das Feuer war auf dem verschlossenen Boden des Hauses ausgekommen, und da die Feueresse nicht geprungen war, so muß dasselbe entweder durch Unvorsichtigkeit oder Muthwillen ausgekommen sein. — Der Nachweis, wer den Schlüssel zum Boden zu lebt gehabt, kann wohl nicht schwer zu führen sein.

Wie wir heute von einem Reisenden hören, ist der Schienenweg

bei Arnswalde durch das Wasser so ausgehöhlt, daß auf einer Strecke von 10 bis 12 Ruten die Schienen sogar fehlen. Der Zug hat daher nicht weiter fahren können, und die Reisenden haben in einen ihnen entgegengesetzten übersteigen müssen.

Von einem andern Reisenden hören wir, daß die Chausseen im Königreich Polen fast nicht passirbar sind, da das Schneewasser bis gegen 4 Fuß darauf steht; die Nachlässigkeit der Behörden dort, welche gar nichts für die Deffusion der verstopften Wasserabzüge thun, soll lediglich die Schuld tragen. Allerdings sind die Massen Schnee im Königreiche viel bedeutender, als bei uns.

Die Wartze stand gestern 8½ Fuß. — Man hat begonnen, das Eis aufzuhauen, und hofft, daß es ohne erheblichen Schaden fortgehen wird.

— Der Minister Flottwell ist auch in Elbing zum Abgeordneten für das Volkshaus gewählt.

2 Aus dem Fraustädter Kreise, den 5. Februar. Die Freude über den endlichen Abschluß unseres Verfassungswerkes spricht sich unverkennbar bei allen denjenigen aus, denen die Ruhe und der Friede des Vaterlandes höher steht, als alle persönlichen Wünsche und politischen Doktrinen, und die daher mit jenem Abschluß den so wankend gewordenen Rechtsboden von Neuem befestigt zu sehen hoffen. Zur Feier des 6. Februar, des Tages, an welchem die Verfassung beeidigt werden wird, hat sich zu Lissa auf Anregung mehrerer Vaterlandsfreunde, insbesondere des neuwählten Abgeordneten, Staats-Amtwals Schottky, ein Fest-Comité gebildet. Alle Ortsbewohner ohne Unterschied der religiösen und politischen Meinung sollen zur Theilnahme an der Feier aufgefordert werden. Überhaupt giebt sich unter der Bevölkerung dieses Ortes, die in der Blüthezeit der vorjährigen Bewegungen allzusehr von einzelnen Parteiführern sich mit fort reißen ließ, mehr und mehr das Bestreben und die gestörte Eintracht durch ein willfähriges Entgegenkommen wieder herzustellen. Dies zeigte sich am gefrigen Abend bei Gelegenheit einer geselligen Abendunterhaltung, die der dafüre Gefangverein veranstaltet hatte. So sehr wir indeß den Werth solcher Vereine für das gesellige Leben anzuerkennen geneigt sind, so wünschten wir doch bei dieser Veranstaltung, daß der Lehrer-Musik-Verein der hiesigen Provinz, der seit mehreren Jahren, durch die Zeitumstände genöthigt, seine Thätigkeit unterbrochen hat, nunmehr zu neuem Leben erwachen möge, damit die Cultur der so erhebenden Kirchenmusik und des Männergesangs in weiteren Kreisen die frühere Anregung wieder finde. — Die Vorboten der verfassungsmäßigen kirchlichen Trennung vom Staat stellen sich hier bereits ein. Auf den 6. d. ist eine Zusammenkunft katholischer Geistlichen und Lehrer zu Alt-Lauke, einem zwischen Fraustadt und Lissa belegenen Dorfe, angeordnet, bei der vornehmlich eine Kräftigung des katholischen Elements durch strenge Absonderung seiner Mitglieder von allen nichtkatholischen Vereinen zur Verathung gebracht werden soll. Diese Absonderung soll mit so strenger Consequenz zur Durchführung kommen, daß z. B. die katholischen Lehrer sich von der Theilnahme an den Konferenzen und Lesezirkeln der Lehrerkreisvereine lossagen müssen, wenn sie sich nicht dem Verdachte des kirchlichen Indifferentismus aussetzen wollen. In wie weit diese Bestrebungen mit andern Kundgebungen im Zusammenhange stehen läßt sich für jetzt noch nicht beurtheilen.

2 Krotoschin, den 4. Febr. Gestern wurde hier selbst im Größeren Nessouren-Saale das Freiwilligen-Fest feierlich begangen. Aus weiter Ferne strömten trotz der ungünstigen Witterung und der fast grundlosen Wege die ergrauten Krieger aus den glorreichen Kriegsjahren 1813—15 herbei, um mit den jüngeren Kriegern der neuesten Feldzüge vereint an diesem denkwürdigen Gedächtnistage ihre Herzen in würdiger Feier zu erheben und zu erfreuen.

Der Saal war durch die geschickte Hand des aus dem Schleswig-Holsteiner Feldzuge jüngst zurückgekehrten, rühmlich bekannten Major v. Dahlenburg, und von Anderen ausgebrachte Toaste erhöhten die Begeisterung der Gesellschaft. Diese wurde noch mehrlich erhöht, als das von einem kräftigen Männerchor unter musikalischer Begleitung gesungene und von Lambert componierte Lied von der Majestät — von anerkanntem musikalischen Werthe — die Versammlung zur Liebe und zum Kampf für König und Vaterland aufforderte. Hierauf folgte alsbald ein aus der Tiefe des Herzens von dem Kreisgerichts-Direktor Babka aus Ostrowo gesprochener Toast auf den Veteran der Gesellschaft, den Obristen Heydebrandt von der Laga, welcher schon seit dem Jahre 1804 dem Vaterland seinen Arm geweiht und die Kriege seit dieser Zeit mitgemacht hat. Dieser verdienstvolle Veteran, welcher als Commandeur des 11. Husaren-Regiments seine militärische Laufbahn beschlossen hat, und nun als Besitzer des Gutes Tschunkawie, Militärischer Kreises, von seinen Waffen-theren ausruht, wurde von Allen mit stürmischen Beifall begrüßt und ihm ein enthusiastisches Hoch gebracht. Mit sichtlicher Rührung dankte der greise Krieger in einer einfachen, jedoch ergreifenden Rede, welcher ein allgemeiner Beifallssturm folgte.

Lange noch saßen die frohen Kameraden beisammen, und diese erhebende Feier wird den mitanwesenden Gästen, so wie Allen in dauernder Erinnerung bleiben.

2 Bromberg, den 3. Febr. Morgen beginnt hier eine neue Schwurgerichts-Sitzungsperiode, die etwa 12 Tage dauern wird; zum Vorsitzenden des Gerichtshofes ist der Appellationsgerichtsrath Hirschfeld ernannt. Zu den interessanteren Prozessen, die vorkommen werden, gehört besonders der gegen den Auffessor Göldner aus Schubin, wegen Majestäts-Bedeckung, der schon in der vorigen Sitzung abgeurtheilt werden sollte, aber wegen Krankheit des Angeklagten verschoben werden mußte. Außerdem verspricht ein gegen den Redakteur des Volksblatts angestrengter Prozeß wegen Anreizung zum Aufruhr von dem größten Lokalinteresse zu werden, da dies Blatt hier der eigentliche Bantapsel ist, über den die Dispute der entgegenstehenden Parteien gewöhnlich geführt werden. Das Blatt vertritt die Interessen der äußersten Linken. — Der hiesige patriotische Verein hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefasst, eine Adresse an das Ministerium für die gute Haltung bei der Debatte über die Vorlagen der Krone, und eine zweite an die Kammer, für die Abwendung der zu

befürchtenden Verfassungs-Krisis, abzusenden. — Die letzte Zeit hat uns mit Vorlesungen über Physik, (Gymnastischreiter Krüger) und über die Deutsche Literatur (Gymnastischreiter Deinhardt) beschickt, zwei gewiß sehr dankenswerthe Unternehmungen. — Der hiesige „Hilfsverein für Armenpflege“ hat die Stadt und ihre nächste Umgebung in 37 genau begrenzte Bezirke getheilt und in jedem derselben 2—3 Vertrauensmänner ernannt, die sich persönlich von der Noth der Armen überzeugen. Möchte diese Art der Armenpflege doch bald allgemeine Nachahmung finden!

Zur Chronik Posens. (Fortsetzung.)

Die Münze. Fast alle bedeutenden Polnischen Städte hatten Königliche Münzen, oder sie besaßen wenigstens in den ältesten Zeiten Privilegien, Geld zu prägen. Posen, seit langer Zeit die Hauptstadt der Polnischen Monarchen und später die Residenz der Großpolnischen Fürsten, hatte unfehlbar schon vor dem 13. Jahrhundert eine fürstliche Münze, wiewohl für diese Behauptung sich kein sicherer Beweis führen läßt. Die erste Spur einer Münze in Posen findet sich erst ums Jahr 1358. In dieser Zeit verlich nämlich Kasimir der Große dem Posener Münzer Johann das hiesige Wojsamt und zugleich den 3. Denar von allen Civil- und Criminalurten, die am Orte gefällt wurden. Es war demnach 1358 ein Münzer zu Posen, also mußte auch hier eine Münze sein. Allein diese gehörte wahrscheinlich den Polnischen Monarchen, weil die Stadt erst zu Anfang des 15. Jahrhunderts die Freiheit erwarb, zu eigenem Bedarf Geld zu prägen. Als Vladislav Jagiello 1410 der Stadt seine für entnommene Lich, Wein u. entstandene Schulden bezahlte, gestattete er den Posener Einwohnern, eine Münze zu gründen und kleine Münzsorten, Denare genannt, zu schlagen. Von dieser Zeit ab hörte Posen bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts nicht auf, von dieser Vergnügung Nutzen zu ziehen, und die Posener Münze lieferte der Provinz und dem Lande überhaupt eine hinreichende Menge Kleingeld. 1590 und 1602 erlaubte Sigismund III. der Stadt Posen, kleine Geldstücke, sogenannte Obel, zu prägen, und sogar auch große Münzen und Tornare d. h. solche, welche 3 Obel enthielten, jedoch unter dem Vorbehalt, daß diese Münzen an Gewicht und Gehalt denen gleich wären, welche unter Sigismund I. und Sigismund August geschlagen wurden. — Das Posener Münzgebäude stand in der jetzigen Schulstraße. Die Kopfsteuertabelle von 1590 erwähnt desselben und nennt einen Münzer, der zu seiner Unterstützung 7 Gehülfen und 3 Lehrjungen hielt. Gewöhnlich verpachtete der Magistrat die Münze; so z. B. überließ er sie 1591 einem gewissen Busch, dem Sigismund III. erlaubte, verschiedene Münzen zu prägen; 1612 verpachtete er sie an einen Magdeburger, Johann Becker, für eine jährliche Bachsumme von 840 Polnischen Gulden. Die hiesige Münze existierte noch 1620, denn zu dieser Zeit hatte sie Thomas Schmidel für 300 Polnische Gulden vom Magistrat gepachtet. Es scheint jedoch, daß sie schon bei Ablauf der Regierung Sigismund III. gänzlich geschlossen wurde; wenigstens findet sich im Stadt-Archiv von ihr nicht die geringste Spur mehr. Später beschloß auch die Constitution vom Jahre 1649, für die Bedürfnisse der Republik, in Posen eine Staats-Münze zu gründen; dies würde gewiß nicht beabsichtigt worden sein, wenn zu jener Zeit eine städtische Münze noch bestanden hätte. Dieses Projekt der Regierung wurde auch in Ausführung gebracht, und seitdem war eine Königliche Münze in Posen. Dieselbe ging aber im schwedischen Kriege unter Johann Casimir ein.

Personal-Chronik.

Bromberg, den 1. Febr. (Amtsbl. Nr. 5.) Der praktische Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer Dr. Neumann hat sich in Erzmezzno niedergelassen. — Der Thierarzt I. Klasse F. W. Mecklenburg ist von Ern nach Gnesen verzogen.

Gewerbliches.

2 Posen, den 5. Februar. Gestern wurde in dem mit Gewerbsfahnen und Emblemen decorirten Wedelschen Saale der 4. Provinzial-Handwerker-Congress für die Provinz Posen unter Vorsitz des Tischlermeisters Herrn Poppe abgehalten. Nachdem die Versammlung um 9½ Uhr durch eine herzliche Anrede in Polnischer und Deutscher Sprache eröffnet worden, wurden die Legitimationen der Abgeordneten der Lokalvereine geprüft und ihre Certificate zu den Congreßtagen gewonnen. Die Lokalvereine von Posen, Schwerin, Czempin, Radzik, Rogasen, Klecko, Dobrzee, Schrimm, Kiszewo, Gnesen und Stenshewe hatten den Congress mit Abgeordneten besucht, die Vereine zu Górcz, Storchest, Kempin und Koźmin aber wurden, in Anerkennung ihrer regen Theilnahme an den Bestrebungen des Central-Vereins, durch hiesige Mitglieder vertreten. Nach einem Beschuß, die Gewerke der Stadt Krotoschin zu einer regeren Theilnahme an den Handwerkervereinen aufzufordern, wurde zur Tagesordnung geschritten. Zunächst wurde ein Referat über die Wirksamkeit des Central-Vereins gelesefert und darin hauptsächlich die Schwierigkeiten und Hindernisse hervorgehoben, welche demselben bei Errichtung eines Gewerberaths-Sedes des hiesigen Magistrats, der Stadtverordneten und des Kaufmannsstandes entgegentgestellt worden. Sodann wurde das Protokoll des 3. Provinzial-Handwerker-Congresses, sowie eine Petition an die I. Kammer verlesen, betreffend die Annahme der Gewerbeordnung vom 9. Februar v. J. Es erfolgt die Rechungslegung des Centralvereins, wonach in Summa eingegangen waren: 57 Thlr. 24 Sgr., verausgabt waren dagegen 111 Thlr. 22 Sgr. 8 Pf., mithin blieben von den Lokalvereinen noch zu decken: 53 Thlr. 27 Sgr. 8 Pf. Nachdem ein Kussatz aus Nov. 5 der allgem. Gewerbezeitung für Preußen über die Frage: in welches Verhältniß treten die Innungen zum Staat? — verlesen worden, wurde die Sitzung auf eine Stunde ausgesetzt und begann wieder um 2 Uhr Nachmittags mit Vorlesung eines neuen, vom Ministerio vorgeschlagenen Normal-Innungs-Statuts, woran sich lebhafte Besprechungen über einzelne §§ anknüpften; eine unbedingte Annahme derselben wurde aber um so weniger beschlossen, als überall in demselben Besitzer von Magistratsvereinen in den Innungen angenommen waren, welche die Versammlung jedoch, als eine Bewormung, daraus entfernt wissen wollten, worüber sie einen Beschuß dem Central-Verein überließ. Es wurde ferner für äußerst wichtig und nothwendig erachtet, Gewerberäthe in möglichst vielen Orten, Gewerbegemeinden mindestens in allen Kreisstädten zu errichten, um dadurch den Handwerkervereinen ein um so regeres Leben zu verschaffen. Hieran knüpften sich Belohnungen in Betreff der Prüfungen auf Grund des von Bürmann in Golenburg herausgegebenen, sehr schätzbaren Werthens: Der Handwerker-Schriftführer, Der Vorsitzend lieferte hierauf ein Referat über die Wirksamkeit der Posener Prüfungs-Commission und machte auf die Identität der Kreis-Prüfungs-Commissionen mit den Local-Innungen

Prüfungs-Kommissionen aufmerksam und hob namentlich bei letzteren einen um mehrere Thaler geringeren Kostenbetrag ganz besonders hervor. Von den, den Localvereinen empfohlenen Schriften und Handwerkerblättern, wie dem Magdeburger Handwerkerblatt, der Gewerberatszeitung, Kinkels Schrift: Handwerker, rette Dich, der Berliner Allg. Gewerbezeitung u. d. wurden namentlich letztere, so wie Bürmanns Handwerker-Schriftführer, von vielen Deputirten verlangt. Es wurde ferner der Antrag gestellt, daß geeignete Schritte gethan würden, um den Haushandel aufzuhören, und derselbe angenommen. Eine Eingabe des Posener Central-Handwerker-Vereins an die R. Regierung, betreffend Beschränkung und strengere Abhöhung der Puscherei, sowie ein Rescript derselben wurden verlesen, das Wesen der Puscherei besprochen und beschlossen, allen Übergriffen derselben nur auf gesetzlichem Wege entgegenzuwirken. Nachdem nun noch der Kostenpunkt besprochen und eine Reparation der Kosten dem Centralvereine anheimgegeben worden, wurde endlich derselbe durch ein von der Müllerin zu Szepin eingegangenes Schreiben ersucht, bei dem Congreß zu Stettin den Antrag zu stellen, daß die Anwendung der Hand-, Grütz- und Hirsemühlen eingestellt werde, weil dadurch nicht nur das Gewerbe selbst, sondern auch die Staatskasse durch Steuerentnahmen beeinträchtigt werde. Die Diskussionen wurden in Deutscher und Polnischer Sprache geführt, oder in beide übertragen. Nach Verlesung des Protokolls wurde die Versammlung geschlossen. Die Theilnehmer blieben noch zu einem Mahle mehrere Stunden beisammen, wobei jedoch, um alle politischen Ergüsse fern zu halten, jeder Toast ausgeschlossen blieb, und wechselten mit Frohsinn und Anstand noch manches heitere und freundschaftliche Wort, so daß sich gewiß jedes Mitglied auch in der Ferne noch mit Freunden und Befriedigung an den 4. Provinzial-Handwerker-Congreß erinnern wird.

Theater.

Gestern sahen wir bei ziemlich gefülltem Hause endlich die erste Vorstellung des „Bengalischen Tigers“, einer Posse, welche unendliches Gelächter erregte und sowohl von Herrn Heine, der die Titelrolle repräsentierte, als auch von Herrn Hirsch, Fräulein Brandenburg und Fräulein v. Nastner sehr ergötzlich durchgeführt wurde. Vorher ging die dramatische Kleinigkeit „Nehmt ein Exempel dran“. Auch hier waren die Darsteller der Hauptrollen Fräulein Brandenburg, Herr Harsten und Herr Heine durchgängig zu loben. Herr Harsten, als Oheim, spielte namentlich seinen gutmütigen Intriguant mit vortrefflichem Humor. Wir knüpfen hieran die Erinnerung an das auf Donnerstag angekündigte Benefiz dieses beliebten Künstlers in der „Sängerin“, einem unserer unterhaltendsten Vaudevilles, welches besonders hübsche Couplets enthält, in denen auch unsere geschätzte Sängerin, Fräulein Jonisch, die lange entbehrt Gelegenheit finden wird, das Publikum angenehm zu unterhalten. Auch Frau Karsten, als Mit-Benefiziatin findet in „Frau Schnabel“ ein reiches Feld für ihr Talent zur Darstellung komischer Alten. Zahlreicher Besuch ist den Künstlern zu wünschen und dem Publikum zu empfehlen.

Verantw. Redakteur: C. G. H. Violet.

Der Verfasser der Entgegnung in Nr. 30. Posener Ztg. hält unsern Artikel (in Nr. 29. eben ders.) in der Hauptsache bereits widerlegt. Ob dies wirklich der Fall ist, darüber möge das lesende Publikum urtheilen.

Was er aber gegen die Schlusssätze jenes Artikels anführt, kann

Stadt-Theater in Posen.

Donnerstag den 7. Februar zum Benefiz des Herrn und der Frau Karsten: Die Sängerin und die Nätherin; Singspiel in 3 Akten, in 3 Abtheilungen von W. Emden. Musik v. Donizetti, Bellini, Auber, Adam, Carl Maria v. Weber und Lorzing. Außer vielen anderen beliebten Musikkächen: Große Arie aus der Oper Telli. Quintette aus Fra Diavolo. Finale aus Lucia und die Nachtwandlerin. Freitag den 8. Februar: Auf vieles Verlangen werden die Araber Said ben Ali, Ibrahim ben Said, Islam ben Said, Habit ben Mohabit noch eine Vorstellung mit ganz neuen Sachen zu geben die Ehre haben. — Hiezu: Martin der Kindling. Schauspiel in 5 Akten von L. Meyer.

Bekanntmachung.

Die Servis-Zahlung für die im Monat Januar d. J. hier einquartiert gewesenen Truppen erfolgt am 7., 8. und 9. dieses Monats.

Posen, den 6. Februar 1850.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Diejenigen Pfänder, welche in den Monaten April, Mai, Juni, Juli, August und September 1849 bis zum Verfallstage der gewährten Darlehne und noch sechs Monate später, bei der hiesigen städtischen Pfandleihe-Anstalt nicht eingelöst worden, sollen in terminis den 29. und 30. April d. J. in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr auf dem Rathause öffentlich versteigert werden.

Posen, den 5. Januar 1850.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit §. 69. der Verordnung vom 3. Januar v. J. machen wir hierdurch bekannt, daß die Termine zur Abhaltung der Sitzungen des Schwurgerichts für die Kreise Posen, Obrornit, Samter, Burk, Schrimm, Schroda und Wreschen im Laufe dieses Jahres auf

den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;

und auf den 25. November und die folgenden Tage,

in dem dazu bestimmten Lokale auf dem Schloßberge anberaumt werden.

Posen, den 31. Januar 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Abtheilung I. für Strafsachen.

Den 11. März Morgens um 8 Uhr

und die folgenden Tage;

auf den 27. Mai und die folgenden Tage;

auf den 2. September und die folgenden Tage;</p